

LEITARTIKEL

Pistorius drückt aufs Tempo

Der Verteidigungsminister strafft die Bundeswehr und strebt eine neue Form der Wehrpflicht an

Boris Pistorius ist der beliebteste Politiker im Land, obwohl er Deutschland wieder „kriegstüchtig“ machen will. Er hat viele Menschen damit verschreckt. Aber er hat mit seiner klaren Sprache vor allem Vertrauen in der Bevölkerung gewonnen. Er ist keiner, der sich verliert in verschwurbelten Sätzen und um den heißen Brei herumredet. Er ist ein Verteidigungsminister, der sagt, was Sache ist. Und danach hat die Bundeswehr eklatante Mängel bei ihrer Aufstellung für die Landes- und Bündnisverteidigung.



KRISTINA DUNZ
ksta-politik@
kstamedien.de

Das Grundgesetz nur den Verteidigungsfall. Das hört sich eleganter an und macht deutlich, dass Deutschland Angriffe abwehrt, aber nicht ausführt. Doch sollte ein Nato-Partner angegriffen werden, müsste auch Deutschland zu Hilfe eilen und wäre im Krieg. Wenn Pistorius von Kriegsfall spricht, hört es sich wie diese Botschaft an: Alle mal aufwachen, die Lage ist ernst.

Pistorius schlägt ein hohes Tempo an, ein halbes Jahr gibt er den Streitkräften für die Umstrukturierung. Das ist eine Ansage für die Bundeswehr, der im Inland derart schnelle Reaktionen bisher kaum abverlangt wurden. Der Minister selbst hat – nur – fünf Monate gebraucht, um die Reform der Bundeswehr mit eigenen Experten, ohne teure externe Berater, auf den Weg zu bringen. Und er hat gleich einen nächsten Entscheidungsprozess angekündigt: über eine neue Wehrpflicht. Der Bundeswehr fehlt Personal.

Der SPD-Mann hat Sympathien für das schwedische Modell: Zum 18. Geburtstag bekommt jede und jeder Post von der Musterungsbehörde. Etwa zehn Prozent von ihnen werden eingezogen. In Schweden wird das mehr als nur akzeptiert. Männer und Frauen wollen zur Armee. Zum einen, weil sie Karrierechancen bietet. Zum anderen, weil die Verteidigung des Landes eine in der Gesellschaft hochgeschätzte Aufgabe ist.

Um den historischen Schritt zu gehen und die Aussetzung der Wehrpflicht unter Schwarz-Gelb 2011 rückgängig zu machen und einen verpflichtenden Wehrdienst für Männer und dann auch für Frauen einzuführen, bräuchte die Ampel die oppositionelle Union für einen Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Und sie müssten sich wohl alle warm anziehen. Selbst im Kalten Krieg war die Lage kaum so explosiv wie seit dem russischen Überfall auf die Ukraine. Wer jetzt zur Bundeswehr geht, muss eben „kriegstüchtig“ sein. Die Mentalität, für den eigenen Staat zur Not durchs Feuer zu gehen, ist in Deutschland aber wenig ausgeprägt. Da müsste Pistorius noch viel Klartext reden. Und nicht nur er.

„Es ist nun ein Politiker Verteidigungsminister, der vor nichts Angst hat

Angst hat. Nicht vor dem friedensbewegten Teil seiner SPD, nicht vor deren Wählerschaft und nicht vor dem russischen Präsidenten. Vielmehr droht Pistorius selbst: Niemand sollte auf die Idee kommen, Nato-Gebiet anzugreifen. Wenn Putin irgendetwas beeindruckt, dann die Garantie, dass er selbst Schaden nimmt.

Mit der Straffung der Führungsstrukturen bricht Pistorius Verkrustungen auf und legt zusammen, was zusammengehört: das Territoriale Führungskommando und das Einsatzführungskommando zu einem Operativen Führungskommando. Die Begründung des Ministers lässt noch rückwirkend über den bisherigen Zustand erschauern: zu viele Verantwortungsebenen führen am Ende dazu, dass niemand Verantwortung übernimmt. Im Kriegsfall – gute Nacht!

Apropos Kriegsfall. Der Sozialdemokrat hat diesen Begriff wieder in den Mund genommen. Dabei kennt

KOMMENTAR

Postkoloniale Vermessenheit

Ein Einfuhrverbot für Jagdtrophäen ist nur gut gemeint

In Afrika werden Elefanten geschossen. Die sind vom Aussterben bedroht. Also bemüht sich Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne), die Einfuhr von Trophäen zu verbieten, um den Dickhäutern das Leben zu retten.



THORSTEN BREITKOPF
thorsten.breitkopf@
kstamedien.de

Die Geschichte klingt einfach. Die Wirklichkeit ist komplizierter. In einigen Regionen Afrikas sind Elefanten heute alles andere als selten. Auch auf Druck der Europäer haben Staaten wie Botswana oder Namibia ihre Elefanten geschützt. Entsprechend haben sich die Populationen erholt. 130 000 Elefanten gibt es in Botswana, einem Land so groß wie Frankreich. Elefanten, so faszinierend sie sind, sind dort eine tödliche Gefahr. Schätzungen zufolge sterben rund 500 Menschen pro Jahr durch Elefanten. Im südlichen Afrika trampeln die Tiere Dörfer und Felder platt.

Um dieses Problem zu lösen, ist die kontrollierte Jagd dort erlaubt. Für die teils sehr armen Staaten Afrikas bieten die Elefanten auch einen wirtschaftlichen Nutzen. Westliche Jagdtouristen bringen Devisen ins Land, die im Falle von Botswana zu Stabilität beitragen.

Seit einem Jahrzehnt gilt Botswana als demokratischstes Land Afrikas. Im Korruptionsindex liegt es auf Rang 39 und damit vor diversen EU-Ländern, darunter Italien, Griechenland, Tschechien oder Polen.

Man muss keine Sympathien für die Großwildjagd haben. Aber es ist vermessen und postkolonial, wenn Politiker ehemaliger Kolonialmächte gerade den vorbildlichen Staaten Afrikas heute vorschreiben wollen, wie sie mit ihrem Land umgehen sollen.

In Deutschland fordern Ökologen, Rehe stärker zu bejagen, um die Wiederaufforstung der Wälder nach der Borkenkäferplage zu erleichtern. Wie würden wir wohl reagieren, wenn afrikanische Politiker das sanktionieren wollten, um die niedlichen Tiere zu schützen?

Erfolgversprechender als die Idee von Umweltministerin Lemke wäre es, Wildtier-Trophäen aus Ländern, in denen die Jagd notwendig ist, besser zu zertifizieren. So ließen sich Probleme mit Überpopulation lösen, und zugleich könnte die illegale, auf Profit gierige Wilderei eingedämmt werden.



Thema heute: Kindergrundsicherung

Heiko Sakurai

GASTBEITRAG

Bidens Mittelweg wird zur Sackgasse

Der ungebrochene Rückhalt des US-Präsidenten für die israelische Regierung bringt immer mehr Amerikaner dazu, sich von ihrem Präsidenten abzuwenden

Noch ist offen, ob Joe Biden oder Donald Trump die US-Präsidentschaftswahl im November gewinnen wird. Aber es sieht nicht gut für Biden aus. Seine Umfrage-Ergebnisse werden immer schlechter. Nur 37 Prozent aller Amerikaner haben derzeit eine positive Meinung von ihrem Präsidenten. Wie nur selten zuvor im US-Wahlkampf könnte die Außenpolitik das politische Schicksal des Amtsinhabers bestimmen.

Bidens Popularitätswerte sind seit dem Gaza-Krieg eingebrochen. Die scheußliche Hamas-Attacke mit der Ermordung von mehr als 1200 Israelis und der Entführung von mehr als 200 Geiseln hat Israel zu harten Gegenmaßnahmen greifen lassen. Die USA haben sich dabei voll und ganz hinter Israel gestellt. Biden hat mehrfach betont, dass Israel selbstverständlich das Recht hat, sich zu verteidigen. Schon seit vielen Jahren stellen die USA Israel jährlich fast vier Milliarden Dollar an Militärhilfe zur Verfügung. 15 Prozent des Verteidigungsbudgets Israels werden damit von den USA finanziert. Seit dem 7. Oktober hat die Biden-Regierung Israel weitere Hilfen zukommen lassen. Die USA haben 16 verschiedene Waffenarten geliefert. Dazu gehören Maschinengewehre, Raketen, Drohnen und Flugzeuge. Derzeit wird im Kongress über ein zusätzliches Hilfspaket von fast 18 Milliarden Dollar debattiert.

Doch das Vorgehen der Regierung von Benjamin Netanjahu im Gazastreifen stößt auf immer größeren Widerstand in den USA. Immer mehr Amerikaner werfen Biden vor, Netanjahus Agieren durch die US-Militär- und Finanzhilfe erst

„Die hektische Pendeldiplomatie von Anthony Blinken ist bisher gescheitert

zu ermöglichen. Die Biden-Regierung versucht daher schon seit Wochen, mäßigend auf Israel einzuwirken – bisher recht erfolglos.

Als die USA jetzt erstmals eine Resolution des UN-Sicherheitsrats passieren ließen, die Israel aufforderte, einem Waffenstillstand zuzustimmen, sagte Netanjahu umgehend den Besuch einer hochrangigen israelischen Delegation in Washington ab. Sie sollte auf Verlangen der USA das weitere Vorgehen in Gaza besprechen. Dies war eine unerhörte Brückierung von Israels wichtigstem Bündnispartner. Doch die Biden-Administration nahm es hin und konferierte stattdessen mit dem ohnehin in den USA weilenden israelischen Verteidigungsminister. Ungeachtet des starken Widerspruchs aus Wa-



KLAUS LARRES
ist Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen an der University of North Carolina at Chapel Hill und Fellow am Woodrow Wilson Center in Washington D.C.

shington hält Israel auch am beabsichtigten Angriff auf die Stadt Rafah an der Grenze zu Ägypten fest, wo die verbliebenen Hamas-Terroristen in unterirdischen Tunneln vermutet werden. In Rafah halten sich aber auch mehr als eine Million Flüchtlinge auf.

Die hektische Pendeldiplomatie von US-Außenminister Anthony Blinken ist bisher gescheitert. Verhandlungen in Oman – sogar zwischen den USA und Iran, das die Hamas finanziert – sind wieder aufgenommen worden, doch ein Waffenstillstand ist nicht absehbar.

Dann erfolgte vor wenigen Tagen der israelische Luftschlag auf einen Konvoi der Organisation „World Central Kitchen“ in Gaza. Angeblich ein schrecklicher Fehler, doch es mehren sich Verdachtsmomente, die Helfer könnten gezielt attackiert worden sein. Biden brachte mit bebender Stimme seine Wut und Fassungslosigkeit zum Ausdruck. Das hielt ihn aber nicht davon ab, der versprochenen Lieferung hochmoderner F-15-Jagdflieger an Israel zuzustimmen. Bislang kann Netanjahu sich somit auf Bidens Rückhalt verlassen, ungeachtet der herben öffentlichen Kritik.

Vielen Amerikanern ist mittlerweile ein Licht aufgegangen. Die Supermacht USA scheint sich nicht zu trauen, Netanjahu Einhalt bei der täglichen Verletzung von Menschenrechten im Gazastreifen zu gebieten. Und während in Israel Anti-Netanjahu-Demonstrationen großen Zulauf haben, verstärkt sich in den USA die Anti-Biden-Stimmung. Gerade im Lager der US-Demokraten und im Lager der Unentschiedenen laufen Biden die Wähler davon. Nur wenige Amerikaner mit arabischem und palästinensischem Hintergrund sind derzeit noch bereit, ihm ihre Stimme zu geben. Zu den traditionellen Festivitäten im Weißen Haus zum Ende des Ramadans schlugen viele muslimische Ehrengäste die Einladung von vornherein aus, andere verließen die Feier schon nach kurzer Zeit und nach teilweise brüskten Debatten mit Mitarbeitern im Amtssitz des Präsidenten. Es waren allesamt Persönlichkeiten, mit deren Unterstützung Biden vor vier Jahren noch rechnen konnte.

Auch viele Amerikaner mit irischen Wurzeln haben sich von Biden abgewandt – eingedenk des

Kampfes ihrer Vorfahren gegen die britische Kolonialmacht in Irland. Die Schicht der jungen Wähler unter 35 ist ebenfalls von Bidens Unterstützung für die Politik Israels im Gazastreifen enttäuscht. Die meisten werden wohl erst gar nicht wählen gehen.

Die jüdischen Wähler in den USA wiederum, die das Vorgehen Israels überwiegend als notwendig und richtig beurteilen, geht Bidens Israelpolitik nicht weit genug. Seine öffentliche Kritik an Israel kommt bei ihnen nicht gut an. Viele dieser Menschen tendieren deshalb zur Wahl Donald Trumps. An dessen knallharter Unterstützung für das Vorgehen Israels kann es keinen Zweifel geben.

„An Trumps knallharter Unterstützung für Israel besteht kein Zweifel

Biden macht es somit nur wenigen recht: Den einen geht seine Solidarität im Israel nicht weit genug, den anderen ist sie zu bedingungslos. Der von Biden bevorzugte vorsichtige Mittelweg scheint nicht nur für die Bevölkerung in Gaza, sondern auch für die politische Karriere des Präsidenten zu einer Sackgasse zu werden.

Eines hat die Biden-Regierung bisher nicht gemacht: Sie hat Israel nicht damit gedroht, die amerikanischen Militär- und Finanzhilfe einzustellen, wenn Netanjahu an einer weiteren Bombardierung des Gazastreifens und dem Sturm auf Rafah festhält. Es wurden nicht einmal Bedingungen an die Lieferung der verschiedenen Waffensysteme geknüpft.

Gerade das verlangen immer mehr US-Bürgerinnen und -Bürger. Einer Umfrage der Zeitung „USA Today“ zufolge wollen 45 Prozent aller Amerikaner und sogar 69 Prozent der Anhänger der Demokratischen Partei, dass Biden deutlich mehr Druck auf Israel ausübt. Denn es ist offensichtlich: Nur die US-Regierung wäre in der Lage, die Führung in Israel zur Raison zu bringen – wenn sie denn wollte.

Je länger der Gaza-Krieg dauert, umso schlechter werden Bidens Wahlaussichten. An seinem Alter und den gestiegenen Lebenshaltungskosten in den USA kann er kaum etwas ändern. Aber auf die Politik Israels im Gazastreifen könnte er Einfluss nehmen. Immer mehr Menschen in den USA sind davon überzeugt, dass die notwendige Zerschlagung der Hamas nicht länger auf Kosten der palästinensischen Zivilbevölkerung gehen darf. Joe Biden sollte sich dies zu Herzen nehmen, wenn er die Wahlen im November noch gewinnen will.

KOMMENTAR

Inflation als Nervenprobe

Der Rückgang der Teuerung ist nur eine Momentaufnahme

STEFAN WINTER

Die sinkenden Energiepreise müssten in der jüngsten Inflationsstatistik einen Ehrenplatz bekommen. Nicht zuletzt dank des Rückgangs gegenüber dem März 2023 liegt die jährliche Teuerung in Deutschland nur noch bei 2,2 Prozent.

In ein paar Wochen dürfte das allerdings schon wieder anders aussehen: Im Mai wird zumindest Öl sehr wahrscheinlich deutlich teurer sein als ein Jahr zuvor, denn damals ging es mit den Preisen abwärts. Niemand sollte sich also wundern, wenn die Inflationsrate schon bald wieder um ein paar Zehntel höher ausfällt.

Das macht den Notenbanken das Leben nicht leichter. Zwar orientieren sie sich auch an der sogenannten Kerninflation, aus der stark schwankende Produkte wie Energie und Lebensmittel herausgerechnet werden. Aber formal sind sie der Gesamtinflation verpflichtet – und die könnte durch den hohen Ölpreis diesmal doch hartnäckiger sein als erhofft. Von den in Europa und den USA gleichermaßen angestrebten zwei Prozent könnte sie sich wieder etwas entfernen.

„In Washington und Frankfurt werden die Verantwortlichen gute Nerven brauchen

Die logische Reaktion wäre dann ein Hinauszögern von Zinssenkungen oder schlimmstenfalls sogar eine Erhöhung, um die wieder aufgeflamte Inflation zu bremsen.

Ob es auch die richtige Reaktion wäre, steht auf einem ganz anderen Blatt. Gerade haben wir gesehen, wie stark Energiepreise auch fallen können, und zudem bewirkt ein hoher Ölpreis letztlich das Gleiche wie eine Zinserhöhung: Er bremst die Nachfrage. Angesichts einer ohnehin zähen Konjunktur müsste man das nicht geldpolitisch verstärken. Doch jedes Zucken der Inflationsrate wird die Debatte um die Zinsen befeuern und die Kapitalmärkte beunruhigen.

Bei der Federal Reserve in Washington und der Europäischen Zentralbank in Frankfurt werden die Verantwortlichen weiter gute Nerven brauchen.



KÖLNER
STADT-ANZEIGER
MEDIEN

Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont I, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Christian Hümmeler (komm.).
Stellvertreter: Dr. Sarah Brasack, Martin Dowideit.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefredakteur: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel, Veit Ellerbrock (Head of Digital).
Landeskorrespondent: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur).
Köln: Tim Attenberger; Newsteam: Kendra Stenzel; NRW/Story: Hendrik Geisler, Maria Dohmen; Wirtschaft: Thorsten Breittkopf; Sport: Christian Lier; Kultur: Anne Burgmer; Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meysner; Chefredakteur: Peter Berger, Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg; Art Director: Nikolas Janitzki; Produktion: Florian Summerer.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.), RND Berlin GmbH.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebnor; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.

Nachrichtengenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 152, 50735 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführung: Christian Hümmeler.
Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.

Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 26 vom 1. Januar 2024 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-SERVICE
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln

Anzeigen-SERVICE
Verantwortlich: Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt

Köln Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de